

STADT & LAND



Kein Favoriten benannt

Die Lautertaler UBG legt sich nicht auf die Unterstützung eines Kandidaten fest.

► Seite 18



GUTEN MORGEN

Weltherrschaft

(KA). David hat die Gelegenheit beim Schopf gepackt und von seinem gesparten Weihnachtsgeld einen Staubsaug-Roboter gekauft. Von mir erwartet er dafür Anerkennung, die ihm gebühre, wie er sagt. Denn er sei „der letzte der Familienväter“. Was auch immer er damit meint. Ich bekam dann einen Eindruck davon, denn von dieser kleinen Maschine hat wirklich jeder etwas. Zunächst einmal müssen David und seine Frau nicht mehr so oft Staub saugen, das Gerät macht das ja von alleine. Nicht immer gründlich, aber sehr beharrlich und häufig. Aber auch der Rest der Familie profitiert. Davids Sohn Max hat den Roboter beispielsweise mit einem Messer ausgestattet und lässt ihn abends unter dem Bett „die bösen Dinger“ aufräumen. Wir alle hoffen, dass das nur eine Phase ist, da man sich so ganz besonders vor dem Gerät in Acht nehmen muss. Und selbst die Katze Mittens steht dem Roboter nach anfänglicher Skepsis aufgeschlossen gegenüber. Sie fährt neuerdings damit durch die Wohnung. David vermutet allerdings, dass das vor allem an Max' Killer-Roboter-Aufwertung liegt. Mittens hat eine ausgeprägte sadistische Ader und wird demnächst vermutlich die Weltherrschaft an sich reißen. Eine Katze mit einem Saugroboter.

Euer Strolch

LAUTERBACH



Das Narrenschiff legt ab

Allmenrods Narrhalla bebzt, wenn der ACV die Stimmung hebt: Unter dem Motto „Matrosen, Halunken und Pirat – der ACV auf großer Fahrt“, sticht das Allmenröder Narrenschiff in See und alle fahren fröhlich mit.

► Seite 15

ROMAN/RÄTSEL

Den Roman und das Rätsel finden Sie auf

► Seite 16

SUDOKU



► Seite 17

REDAKTION

E-Mail
redaktion@lauterbacher-anzeiger.de
sport@lauterbacher-anzeiger.de

Telefon
Claudia Kempf (cke), Ltg. 066 41/64 66-22
(Lauterbach, Ulrichstein)

Annika Rausch (ar) -26
(Wartenberg, Herbstein)

Oliver Hack (oh) -24
(Lautertal, Ulrichstein)

Frank Schäfer (an) -23
(Freiensteinau, Grebenhain)

Kai Kopf (kk), Sport -25

Telefax 066 41/64 66-65

Zeitung online:
www.lauterbacher-anzeiger.de



Die ersten Wollbahnen werden angebracht: Gemeinsam nehmen die Teilnehmerinnen Maß am Denkmal. Anfang September soll der Löwe verhüllt werden. Fotos: Kuck

Stricken für den Frieden

AKTION Soroptimistinnen nehmen mit ersten fertigen Wollbahnen Maß am Lauterbacher Kriegsdenkmal von 1870/71

Von Johannes Kuck

LAUTERBACH. Seit Samstag wird in Lauterbach gestrickt, was das Zeug hält: Ganz praktisch mit Stricknadeln und roter Wolle, aber auch symbolisch: Denn unter dem Motto „Nie wieder Krieg!“ kann sich in den kommenden Monaten jeder daran beteiligen, dem Löwen auf dem Berliner Platz ein neues Fell zu verpassen. Mit ihrer kreativen Aktion wollen die Frauen des Soroptimist International Club Lauterbach-Vogelsberg ein Zeichen gegen alte und neue Kriege setzen. Das Löwendenkmal erinnert an den Sieg deutscher Truppen im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 und die Zeiten der sogenannten „Erbfeindschaft“ zwischen Deutschland und Frankreich bis zum Zweiten Weltkrieg, die Millionen Menschen das Leben kostete.

Am 1. und 2. September 2018 soll der Löwe mit einem roten Wollkleid verhüllt – und für einen Monat zum Friedensdenkmal umgewidmet werden. „Wie wir alle wissen, ist Krieg ein Verlust und eine Niederlage für alle Menschen“, erklärt Ute Kirst vom SI-Club

den Grundgedanken. Mit der Aktion will der SI-Club jedoch nicht nur den unschätzbaren Wert von Frieden und Freundschaft in Europa unterstreichen, sondern auch das Bewusstsein dafür schärfen, dass Friede ein großes Privileg ist – im Vergleich zu allen heute andauernden Kriegen in Syrien, im Jemen oder Dutzenden anderen Ländern der Welt. Für über 65 Millionen Menschen auf der Flucht, wie das UN-Flüchtlingshilfswerk im Sommer 2017 schätzte, gehört das Grauen des Krieges bis heute zum Alltag. Und auch darauf will die Aktion aufmerksam machen. Mit den ersten fertigen Wollbahnen nahmen die Mitglieder des SI-Clubs beim „Strick-Off“ am Samstag gleich Maß am Löwendenkmal: Etwa 20 Zentimeter breit sollen die Stücke sein, die den Löwen verkleiden. Bis zum 6. August sollen alle Strick- und Häkelbahnen fertig werden. Anfang Dezember vergangenen Jahres hatten die Soroptimistinnen bereits erstmals Maß genommen am Denkmal. Eine genaue Strickanleitung und mehr Informationen zur Aktion gibt es im Internet unter www.niewiederkrieg.net.

Eine Passantin, die sich am Samstagmorgen in der Hohhaus-Apotheke mit Wolle versorgte, wird diesen Kurs nicht mehr nötig haben: „Mein Fernseher ist kaputt, da nehme ich mir gleich ein paar Knäuel mit“, erklärte die Strickerin – und machte sich zuhause wahrscheinlich gleich ans Werk.

Warum dieses Denkmal?

Zum Hintergrund der Aktion erklärt Kirst, dass die Deutschen seit mehr als 70 Jahren im Frieden lebten, gleichwohl gebe es weltweit mehr als 30 kriegerische Konflikte, für die auch in Lauterbach und dem Vogelsberg vor Ort die geflüchteten Menschen traurige Zeugen seien. „Unser Club möchte auf den Umstand aufmerksam machen, dass der Frieden, in dem wir leben dürfen, nicht selbstverständlich ist und gleichzeitig dazu aufrufen, dass das auch ein Grund zum Feiern ist.“ Ausgewählt habe sie gezielt das Löwendenkmal, das für die Lauterbacher zum Alltag gehöre, ein Treffpunkt sei, Ort des Verweilens. Kaum einer mache sich

aber bewusst, für was das Denkmal eigentlich stehe. „Anders als das Kriegsdenkmal, das 1872 auf dem Lauterbacher Friedhof zum Gedenken an die Gefallenen errichtet wurde, ist das Löwendenkmal ein kriegsverherrlichendes ‚Siegerdenkmal‘, das an die Siege der deutschen Truppen im Krieg gegen Frankreich 1870/71 erinnern soll“, erläutert Kirst.

HIER GIBT ES DIE WOLLE

► Wer am neuen Kleid für den Löwen mitstricken will, kann sich seit Samstag kostenlos Wolle abholen an den Lauterbacher „Strickstationen“ in der Hohhaus-Apotheke, den Buchhandlungen „Das Buch“ oder „Lesezeichen“, in den Geschäften „Kauppa“ und „Zinnoberrot“ sowie in der Apotheke am Marktplatz in Herbstein. Die Mitglieder des SI-Clubs bitten darum, nur diese Wolle zum Stricken zu benutzen. Für alle Lernwilligen, die noch nicht Stricken können, gibt es am 3. Februar, ab 9.30 Uhr, einen Crash-Kurs in der Lauterbacher Buchhandlung „Das Buch“.

„Niemand hat es sich leicht gemacht“

PARTEITAG Auch der Vorsitzende der Vogelsberger SPD, Swen Bastian, stimmt in Berlin für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen

VOGELSBERGBKREIS (oh). Es war ein denkbar knappes Ergebnis, aber der Weg ist nun frei für weitere Schritte auf dem Weg zur Regierungsbildung. Auf dem Sonderparteitag der SPD in Berlin haben sich die Sozialdemokraten mit 56,4 Prozent für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der CDU ausgesprochen.

Auch der Vorsitzende der SPD Vogelsbergkreis, Swen Bastian, war in Berlin vertreten. Er hatte ebenfalls für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen gestimmt, auch wenn er, wie er beteuerte, sich die Entscheidung nicht leicht gemacht habe. „Ich habe mich im Vorfeld der Debatte auf dem Parteitag ganz bewusst nicht auf ein Abstim-

mungsverhalten festgelegt. Die Entscheidung, die denkbar knapp ausgefallen ist, hat sich kein Delegierter leicht gemacht, das konnte man spüren“, so Bastian gegenüber dem LA. Aber: „Nach einer intensiven, sehr offenen Debatte habe ich für weitere Gespräche gestimmt. Mir ist wichtig, dass am Ende die 450 000 Mitglieder verbindlich und abschließend darüber entscheiden können, ob genügend Verbesserungen durchgesetzt werden konnten, um in eine Regierung einzutreten. Eine Entscheidung mit so grundsätzlicher Bedeutung muss mit größtmöglicher Akzeptanz getroffen werden“, begründet er seine Entscheidung.

Die Große Koalition sei sicher nicht



Swen Bastian

„meine Wunschkonstellation“ und er sei „bei weitem“ nicht mit allen Punkten des Sondierungspapiers einverstanden. Demokraten müssten aber immer miteinander reden können, um gute Lösungen zu erreichen. „Unbestritten“ sei, dass es „substantielle Verbesserungen“ gegenüber dem Sondierungspapier geben müsse. Ohne Fortschritte werde sich kaum ein Mitglied der SPD von der Notwendig-

keit einer erneuten Großen Koalition überzeugen lassen, glaubt Bastian.

Er freue sich, dass der Parteitag eine gemeinsame Initiative der SPD Landesverbände Hessen und Nordrhein-Westfalen aufgegriffen habe, die weitere Schritte zur Überwindung der Zweiklassen-Medizin, mehr Sicherheit im Arbeitsleben und ein gerechteres Sozialsystem als essenzielle Projekte für die Koalitionsverhandlungen benenne. Hier müssten Verbesserungen erzielt werden, die der Parteivorstand den Mitgliedern zusammen mit dem Gesamtergebnis zur Abstimmung vorzulegen habe, so der Vorsitzende der Vogelsberger Genossen.

Foto: SPD Vogelsberg

Lauterbacher Anzeiger

Vogelsberger Nachrichten – Oberhessische Volkszeitung



Gisdol muss Hut nehmen

Fußball-Bundesliga: Dauerkrisenklub HSV beurlaubt Trainer Markus Gisdol nach der Pleite gegen den Tabellenletzten Köln.

► **SPORT · Seite 8**

Stricken für den Frieden

Die Soroptimistinnen nehmen mit ersten fertigen Wollbahnen Maß am Lauterbacher Kriegsdenkmal von 1870/71.

► **LOKALES · Seite 13**

Montag, 22. Januar 2018

www.lauterbacher-anzeiger.de

Nr. 18 · 1,40 € · G 4458

25%

auf
Winterschuhe
und Textilien



KÜBEL

LUST AUF SCHÖNE SCHUHE

Schuhhaus Kübel
Hessenstraße 44 · 36358 Herbstein
Tel. 06643-460 · www.schuhkuebel.de

WETTER

Sprühregen



5°

Südwind 0°

► Seite 12

FUSSBALL AKTUELL

Bundesliga, 19. Spieltag

FC Bayern München – SV Werder Bremen **4:2**

FC Schalke 04 – Hannover 96 **1:1**

► Seite 7

LAUTERBACH

„Das war knapp“

Auch der Vorsitzende der Vogelsberger SPD stimmte in Berlin für Koalitionsverhandlungen.

► **LOKALES · Seite 13**

FUSSBALL

Ticket gelöst

Völlig überraschend hat sich der SV Nieder-Moos für die Endrunde der Hallenmeisterschaft im Kreis Schlüchtern qualifiziert.

► **LOKALSPORT · Seite 19**

TISCHTENNIS



Hessenmeisterschaft

Die hessische Elite gab sich ein Stelldichein im Vogelsberg, um ihre Besten zu ermitteln.

► **LOKALSPORT · Seite 20**



Kämpferischer Auftritt: SPD-Chief Martin Schulz will der Union in den anstehenden Koalitionsverhandlungen weitere Zugeständnisse abringen. Foto: dpa

Jetzt darf verhandelt werden

GROKO Mehrheit der Delegierten bei SPD-Parteitag für Koalitionsgespräche mit CDU und CSU

BONN (dpa). Vier Monate nach der Bundestagswahl hat die SPD den Weg zu Koalitionsverhandlungen mit der Union frei gemacht. Nach einer emotionalen Debatte stimmten auf dem Parteitag in Bonn 56,4 Prozent der 642 Delegierten und Vorstandsmitglieder dafür. Die Verhandlungen über eine Neuaufgabe der großen Koalition können damit in den nächsten Tagen beginnen und im besten Fall bereits im Februar abgeschlossen werden. Danach muss aber noch eine hohe Hürde überwunden werden: Die mehr als 440.000 SPD-Mitglieder stimmen über den Koalitionsvertrag ab.

Parteichef Martin Schulz hatte in einer kämpferischen Rede für eine große Koalition geworben. Er sprach von einem „Schlüsselmoment“ in der Geschichte der SPD. „Ich glaube, dass die Republik in diesem Moment auf uns schaut. Ja, man muss nicht um jeden Preis regieren, das ist richtig. Aber man darf auch nicht

um jeden Preis nicht regieren wollen.“ Sein schärfster Widersacher Kevin Kühnert hatte an die Genossen appelliert, trotz weitreichender Folgen nicht vor einem Nein zurückzuschrecken. Der Leitspruch des Jusos: „Heute einmal ein Zwerg sein, um künftig wieder Riese sein zu können.“ Damit spielte er auf eine Aussage des CSU-Landesgrup-

penchefs Alexander Dobrindt an, der den Jusos einen „Zwergenaufstand“ vorgeworfen hatte. Fast alle prominenten Sozialdemokraten sind für eine GroKo. Die leidenschaftlichste Rede hielt Fraktionschefin Andrea Nahles. Die Bürger würden der SPD einen Vogel zeigen, wenn sie sich trotz guter Sondierungsergebnisse für eine Neuwahl entscheide. In den Koalitionsverhandlungen könne noch mehr für die SPD herausgeholt werden. Unter anderem in der Gesundheitspolitik seien Ergänzungen des Sondierungspapiers nötig, sagte Schulz. „Wir werden konkrete Maßnahmen zum Abbau der Zwei-Klassen-Medizin verlangen.“ Gemeint ist die unterschiedliche Behandlung gesetzlich und privat versicherter Patienten. Zudem müssten befristete Arbeitsverhältnisse künftig die Ausnahme sein. Als dritten Punkt versprach Schulz eine wirksame Härtefallregel für den Familiennachzug von Flüchtlingen.

REAKTIONEN

► Die neu erhobenen SPD-Forderungen bergen Zündstoff. CDU und CSU sind gegen grundsätzliche Änderungen der 28-seitigen Sondierungsvereinbarung, auf die man sich am 12. Januar verständigt hatte. CSU-Chef Horst Seehofer schließt ein deutliches Entgegenkommen aus. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) kündigte an, „sehr schnell“ in die Gespräche zu starten. Sie ließ offen, ob Veränderungen am Sondierungspapier möglich sind.

Kommentar/Analyse/Hintergrund

Bodenoffensive der Türkei

SYRIEN Ankara geht gegen Kurden im Nachbarland vor / Internationale Kritik

ISTANBUL (dpa). Die Türkei hat mit einer großen Militäroffensive gegen kurdische Verbände in Syrien international Besorgnis ausgelöst. Ministerpräsident Binali Yıldırım sagte, die Armee habe am Sonntagmorgen von der Provinz Kilis aus die Grenze nach Syrien überschritten. Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu rückten die Soldaten bei der „Operation Olivenzweig“ mit Unterstützung der Freien Syrischen Armee auf die kurdische Enklave Afrin im Nordwesten des Bürgerkriegslandes vor. Frankreich forderte eine Sondersitzung des Weltsicherheitsrats, Russland verlegte seine Truppen.

Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtete, der Ort Schengal in direkter Nähe zur türkischen Grenze sei von türkischen Einheiten von der Kurdenmiliz YPG eingenommen worden. Sie berichtete von

sechs getöteten Zivilisten. Aus dem türkischen Außenministerium hieß es: „Die Türkei kann die Präsenz terroristischer Elemente an ihren Grenzen nicht dulden.“ Der Einsatz diene zur Selbstverteidigung und sei im Einklang mit internationalem Recht. Die Türkei sieht die YPG als syrischen Ableger der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK, die sie im eigenen Land bekämpft. Die Regierung fürchtet Unabhängigkeitsbestrebungen der Kurden im eigenen Land. Ein Sprecher der pro-kurdischen Partei HDP kritisierte, die angebliche



Türkische Soldaten in dem türkischen Dorf Sugedigi unweit der Grenze zu Syrien. Foto: dpa

Bedrohung sei nur ein Vorwand. Präsident Recep Tayyip Erdogan sagte, wer sich etwaigen Protesten anschließen sollte, werde einen „hohen Preis“ bezahlen.

Deutsche im Irak zum Tode verurteilt

BAGDAD (epd). Eine deutsche Staatsbürgerin ist wegen Unterstützung der IS-Terrormiliz im Irak zum Tode verurteilt worden. Wie NDR, WDR und „Süddeutsche Zeitung“ unter Berufung auf irakische Justizkreise berichteten, wurde die aus Mannheim stammende Deutsch-Marokkanerin Lamia K. in der irakischen Hauptstadt Bagdad schuldig gesprochen. Sie soll den irakischen Ermittlungsbehörden gegenüber zugegeben haben, aus Deutschland über Syrien in den Irak gereist zu sein, um Mitglied der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) zu werden. Der deutsche Botschafter in Bagdad habe daraufhin gegen das Urteil protestiert. Das Strafgericht in Bagdad gehe davon aus, dass die Deutsche den IS logistisch unterstützt und damit Angriffe auf Sicherheitsbehörden befördert habe, hieß es in dem Bericht.

Deutsche Handballer vor EM-Aus

VARAZDIN (dpa). Deutschlands Handballer stehen bei der Europameisterschaft vor dem Aus. Nach der ersten Turnierniederlage beim 26:25 (9:8) gegen Olympiasieger Dänemark kann der Titelverteidiger den Einzug ins Halbfinale nicht mehr aus eigener Kraft schaffen.

Beste Werfer für die DHB-Auswahl vor rund 3000 Zuschauern in Varazdin war Julius Kühn mit sechs Toren. Im abschließenden Haupttrundenspiel trifft die Mannschaft von Bundestrainer Christian Prokop am Mittwoch auf Spanien. „Das ist ganz bitter“, sagte Rechtsaußen Tobias Reichmann. „Wir waren hintenraus einfach nicht konsequent genug“, betonte Kühn. „Wir haben in den falschen Situationen die falschen Entscheidungen getroffen.“ **Sport**

Stillstand in den US-Behörden

WASHINGTON (dpa). Nach dem Zwangstillstand der US-Regierung haben Republikaner und Demokraten am Wochenende versucht, einen Ausweg aus diesem „Shutdown“ zu finden. Am Sonntag wurden den zweiten Tag in Folge Teile der US-Regierung und des öffentlichen Dienstes heruntergefahren. Grund ist ein Streit ums Geld, der mit Themen wie Einwanderung und Grenzsicherung ideologisch aufgeladen wurde. Zu Beginn des Wochenendes wurde zum ersten Mal seit 2013 der „Shutdown“ ausgelöst, da es keinen Kompromiss für ein Anheben der Schuldenobergrenze gab. Bis zu einer Lösung bleiben damit Ämter und Behörden ebenso geschlossen wie bundeseigene Museen, Zoos und andere Freizeiteinrichtungen. Etwa 850.000 Staatsbedienstete müssen in den Zwangsurlaub und bekommen vorerst auch kein Geld. Von der Stilllegung ausgenommen sind Militär, Bundespolizei oder Geheimdienst. **Kommentar/Politik**

